

SPD

NIEDERSACHSEN

vorwärts!

einwärts:

Mit Recht hat die CDU so ihre Probleme. Dass der für den Schutz der Niedersächsischen Verfassung zuständige Minister Uwe Schünemann vom Bundesverfassungsgericht zur Wahrung von Recht und Ordnung verpflichtet werden musste, markiert den einseitigen Tiefstand niedersächsischer Regierungsgeschichte.

Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff glänzt einmal mehr durch Sprachlosigkeit. Das ist bezeichnend für diesen Messias des Mittelmaßes.

Wulff handelt nach der Devise: Eiskalt lächeln, nur nicht anecken und die Drecksarbeit anderen überlassen.

Während seine Amtsbrüder Jürgen Rüttgers und Edmund Stoiber die Reform der deutschen Schreibweise aussetzen, ist Wulffs CDU-Fraktion, mittlerweile kleinklaut wieder bei der Rechtschreibreform angelangt.

Das ist alles recht peinlich für den zwischenzeitlich beliebtesten deutschen Politiker: Erst den Lauten machen und dann durch den Nebeneingang verschwinden.

Dagegen hilft die richtige Wahl: Am 18. September SPD. Weitersagen.

■ *lopo*

VON WOLFGANG JÜTNER VORWÄRTZENDER DER NIEDERSACHSEN-SPD

Bis zum 18. September ist es nicht mehr lang, die heiße Wahlkampfphase hat längst begonnen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben noch eine Menge aufzuholen. Aber in den vergangenen Tagen hat sich gezeigt: Die CDU wird nervös – zu Recht. Erst versuchte Angela Merkel beim TV-Duell zu kniefen, dann verwechselte sie brutto und netto und ließ sich immer neue Entschuldigungen für ihre zahlreichen Patzer einfallen. Es wird immer deutlicher: Frau Merkel kann es nicht.

Schlimmer noch als ihre Fettnäpfchen-Orgie ist die Politik, für die Schwarz-Gelb steht: Sie ist unsozial und unseriös. Immer mehr Menschen in Deutschland erkennen, was ihnen blühen würde, wenn statt Gerhard Schröder und Joschka Fischer Angela Merkel und Guido Westerwelle unser Land führen würden. Dass die von der Union geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer Gift für die Konjunktur ist und vor allem die Schwachen in unserer Gesellschaft trifft, haben inzwischen auch konservative Kommentatoren erkannt. Selbst die Mehrheit



Wolfgang Jüttner: vorwärts zum Wahlsieg.

Photo: lopo

der Unionsanhänger lehnt diese Pläne ab.

Zwei Drittel der Deutschen wollen, dass unser Konzept der Bürgerversicherung umgesetzt wird – und nicht die Merkelsche Kopfpauschale. 10 Prozent unterstützen den von Rot-Grün durchgesetzten Atomausstieg. Und die Menschen in Deutschland erinnern sich noch sehr gut daran, dass es Gerhard Schröder war, der eine Beteiligung deutscher Soldaten am Irakkrieg verhindert hat – gegen

den erbitterten Widerstand von Merkel & Co.

In den zentralen Politikfeldern finden unsere Positionen breite Unterstützung in der Bevölkerung. Deshalb können wir aufrecht in den Wahlkampfziehen. Wir müssen den Menschen in den kommenden Wochen immer wieder erklären, warum es am 18. September geht: Um die Frage etwa, ob Schichtarbeiter mehr Steuern zahlen sollen, damit Spitzenverdiener weiter entlastet werden.

Oder darum, ob neue Kernkraftwerke gebaut werden und Niedersachsen zum Atomklo für ganz Deutschland wird. Und um die Frage, ob Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dem globalen Kapitalismus schutzlos ausgeliefert sein sollen.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben allen Grund stolz zu sein auf das, was die Bundesregierung in den vergangenen sieben Jahren erreicht hat. Wir haben Deutschland aus der bleiernen Kohlezeit herausgeführt und angepackt, was Schwarz-Gelb 16 Jahre lang ausgesessen hat. Wir haben die Sozialsysteme modernisiert und in Bildung und Forschung investiert wie keine andere Regierung zuvor. Wir haben Geringverdiener entlastet, indem wir den Eingangssteuersatz um 10,9 Prozentpunkte gesenkt haben. Wir waren es, die das Kindergeld erhöht und die Kinderbetreuung entscheidend verbessert haben.

Wir können uns auf dem Erreichten nicht ausruhen, vor allem die bedrückend hohe Arbeitslosigkeit macht uns allen Sorgen. Deshalb hat die SPD mit dem Wahlmanifest klare Perspektiven für die nächsten Jahre aufgezeigt. Wir wollen, dass die Wirtschaft wächst, aber wir wollen keinen Turbo-Kapitalismus, von dem nur die oberen Zehntausend profitieren.

Wir machen aber auch keine haltlosen Versprechungen – anders als Lafontaine und Gysi, die in der Vergangenheit hinlänglich bewiesen haben, dass sie nicht in der Lage sind, Verantwortung zu übernehmen.

Bei der Bundestagswahl 2002 ist es uns gelungen, mit einem furiosen Wahlkampfendsprint die Stimmung im Land binnen weniger Wochen umzudrehen. Lasst uns gemeinsam dafür kämpfen, dass Merkel, Stoiber und Westerwelle am Abend des 18. September genauso blöd aus der Wäsche gucken wie damals! ■ *lopo*

Abtreten, Herr Schünemann

Niedersachsens Innenminister Uwe Schünemann hat seinen Eid abgelegt auf die Niedersächsische Verfassung und damit die Aufgabe, diese Verfassung zu wahren, die im zweiten Absatz des Artikel 2 fordert: »Die Gesetzgebung ist an die

verfassungsmäßige Ordnung in Bund und Land, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.«

Während des Landtagswahlkampfes hatte Uwe Schünemann ein neues Polizeigesetz angekündigt, dessen Kernstück die vereinfachte Telefonüberwachung sein sollte.

Die Koalition aus Schünemanns CDU und der auch so liberalen FDP hat ihr Polizeigesetz mit der so genannten präventiven Telefonüberwachung gegen alle rechtsstaatlichen Bedenken durchgesetzt.

Am 27. Juli 2005 hat das Bundesverfassungsgericht mit seinem Urteil die Möglichkeit zur präventiven Telefonüberwachung für verfassungswidrig erklärt.

Für die schwarz-gelbe Landesregierung ist der Karlsruher Richterspruch eine Katastrophe. Ministerpräsident Christian Wulff hat »Führungsschwäche offenbart«, weil er, so Niedersachsens früherer Innenminister Heiner Bartling, »tatenlos zusehen hat, wie Schünemann Niedersachsen in einen Gegensatz zum Grundgesetz manövriert hat.« Nach diesem ver-

fassungsrechtlichen Debakel fordert Heiner Bartling Konsequenzen: »Mit seinem von Überwachung und Spitzelung geprägten Staatsverständnis hat sich insbesondere der CDU-Innenminister als ungeeignet erwiesen, die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen angemessen zu verteidigen.«

Das heißt im Klartext: Minister Schünemann, dessen Handeln vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig beurteilt worden ist, hat nur eine Wahl: Rücktritt zum Schutz der Verfassung. ■ *lopo*

Impressum

vorwärts:

SPD-Niedersachsen

Verantwortlich: Frank Wilhelmly
Redaktion: Lothar Pollähne
Olestraße 1415
30119 Hannover

E-Mail: lopo.vorwaerts@t-online.de
Satz: anette.gilke@t-online.de

Was für Niedersachsen schlecht ist, kann für Deutschland nicht gut sein.

Niedersachsens Jusos stimmen sich mit neuer Spitze auf den Bundestagswahlkampf ein.

VON LOTHAR POLLHÄNE

Niedersachsens Jusos wahren Kontinuität und bleiben unbeschreiblich weiblich. Nachfolgerin der bisherigen Landesvorsitzenden Dörte Liebetruth, die ihrer Doktorarbeit wegen nach Berlin gezogen ist, wurde am 10. Juli 2005 in Göttingen die Studentin der Germanistik und Religionswissenschaft, **Jannine Hamilton**, aus der Region Hannover.

Mit den Erfahrungen von 2 1/2 Jahren liberal-konservativer Kahlschlagpolitik in Niedersachsen wollen sich die Landes-Jusos in die anstehenden Bundestagswahlen einmischen nach der Devise: »Was für Niedersachsen schlecht ist, kann für Deutschland nicht gut sein.«

Gesellschaftspolitisch waren 2 1/2 Jahre schwarz-gelb vor allem im Bildungsbereich eine Katastrophe. CDU und FDP zerstören systematisch die Bildungschancen junger Menschen. Die Abschaffung von Lernmittelfreiheit und Sprachförderung waren erst der Anfang, befürchten Niedersachsens Jusos. Auch der Ausstieg aus der berufli-

chen Ausbildung im Landeseinstieg ist alles andere als zukunftsweisend für junge Menschen.

Den größten Kälteschock in der niedersächsischen Landschaft hat BILDs siebenfache Supermama Ursula von der Leyen zu verantworten: Abschaffung des Landesblindengeldes, Einschnitte bei den Gleichstellungsbeauftragten an den Hochschulen und den Kommunalen Frauenbeauftragten. »Frauen«, so die frischgebackene Juso-Landesvorsit-

zende Jannine Hamilton, »haben von Frau von der Leyen nicht viel zu erwarten.«

Niedersachsens Jusos werden in der zweiten Hälfte der schwarz-gelben Regierungszeit daran arbeiten, dass es keine Verlängerung gibt. Im aktuellen Bundestagswahlkampf lautet die Ansage: »Wir Jusos wollen das Vertrauen der Menschen in die Politik der SPD zurückgewinnen und mit dafür sorgen, dass die Bundesregierung nicht von Liberalen und Konservativen übernommen wird.« ■



Vorwärtsweisendes Kleeblatt: Lars Klingbeil (Juso-Bundes-Vize), Dörte Liebetruth (Ex-Juso-Landesvorsitzende), Jannine Hamilton (Juso-Landesvorsitzende) und Björn Böning (Juso-Bundesvorsitzender)

Photo: Ioppo

Einberufung des ordentlichen SPD-Landesparteitag

Für Samstag, den 05. November 2005, Beginn 10.00 Uhr

Tagungsort: Stadthalle Walsrode

Vorläufige Tagesordnung:

- Eröffnung und Begrüßung
- Konstituierung des Parteitages
- Bericht des SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Jüttner
- Bericht des Schatzmeisters Dieter Möhrmann
- Aussprache
- Bericht der RevisorInnen
- Entlastung des Landesvorstandes
- Rede des SPD-Vorsitzenden Franz Münterfeit
- Antragsberatung
- Wahl des SPD-Landesvorstandes
- Wahl von vier RevisorInnen
- Schlußwort

Satzungsgemäßer Antragsschluss ist der 5. September 2005.

- Wolfgang Jüttner, MdL (Landesvorsitzender)
 Dieter Möhrmann, MdL (Schatzmeister)
 Christina Bührmann, MdL (Stellv. Vorsitzende)
 Sigmar Gabriel, MdL (Stellv. Vorsitzender)
 Swantje Hartmann, (Stellv. Vorsitzende)
 Gabriele Lösekrug-Mölller, MdB (Stellv. Vorsitzende)
 Frank Wilhelm (Landesgeschäftsführer)



»Mehrwertsteuer auf 18 Prozent? Das ist nicht gerecht!« meint **Hans Eichel**. So war auch das Motto der Veranstaltung von Bundestagskandidat **Matthias Miersch** am 1. August 2005. Der hatte den Bundesfinanzminister nach Seele eingeladen. Rund 200 Besucher drängten sich im überfüllten Restaurant »Flügels«. »Wir haben noch sieben Wochen bis zur Wahl. Sie ist noch nicht entschieden und wir haben sie noch nicht verloren«, gab sich Eichel kämpferisch. Die rot-grüne Regierung ist für sieben gute Jahre verantwortlich. Er betonte: »Ich entschuldige mich nicht dafür, die 16 Jahre Helmut Kohl abgelöst zu haben durch eine Politik der Reformen.« ■

Unser Angebot für Niedersachsen

Kampfesbewusst und mit großer Geschlossenheit hat Niedersachsens SPD am 9. Juli in Hannover ihre Landesliste für die Bundestagswahl am 18. September 2005 aufgestellt. Sie wird angeführt von Bundeskanzler Gerhard Schröder, der mit 99,5% Zustimmung zum Spitzenkandidaten gewählt wurde. Die Liste (bis Platz 34)

1. Gerhard Schröder (H)
2. Edelgard Bulmahn (H)
3. Dr. Peter Struck (H)
4. Karin Evers-Meyer (WE)
5. Sigmar Gabriel (BS)
6. Martin Schwanholz (WE)
7. Gabriele Lösekrug-Mölller (H)
8. Dr. Matthias Miersch (H)
9. Gabriele Gronberg (WE)
10. Joachim Stünker (NN)
11. Clemens Bollen (WE)
12. Monika Griefahn (H)
13. Thomas Oppermann (H)

14. Caren Marks (H)
15. Hubertus Heil (BS)
16. Dieter Steinecke (WE)
17. Sebastian Edathy (H)
18. Dr. Margrit Wetzel (NN)
19. Dr. Carola Reimann (BS)
20. Holger Ortel (WE)
21. Hedi Wegener (H)
22. Bernhard Brinkmann (H)
23. Gesine Mulhaupt (WE)
24. Rolf Kramer (H)

25. Hans-Jürgen Uhl (BS)
26. Dr. Wilhem Priesmeier (H)
27. Annette Faße (NN)
28. Volker Neumann (WE)
29. Gerd Andres (H)
30. Garrelt Duin (WE)
31. Lars Klingbeil (NN)
32. Hans Forster (WE)
33. Kirsten Lühmann (H)
34. Kristina Stuntebeck (WE)



Ließ sich feiern: Der Kanzler

Photo: Ioppo

Mut zur E-Mail

Informationen und Einladungen der Parteigliederungen können effektiv und schnell elektronisch verteilt werden. Voraussetzung: Alle interessierten Mitglieder teilen ihre jeweils aktuelle E-Mail-Adresse ihrem zuständigen Bezirk mit:
bezirk.braunschweig@spd.de
spd-bezirk.hannover@spd.de
bezirk@spd-nord-niedersachsen.de
bezirk.weser-ems@spd.de

...SPD-Newsletter...

Der SPD-Landesverband informiert in seinem wöchentlich erscheinenden Newsletter alle Interessierten über aktuelle Themen, Termine und Linktipps rund um die niedersächsische SPD.

Wer in den Verteiler aufgenommen werden will, schickt einfach eine E-Mail an:
presends@spd.de und fügt in die Betreffzeile »Newsletter ein.« ■

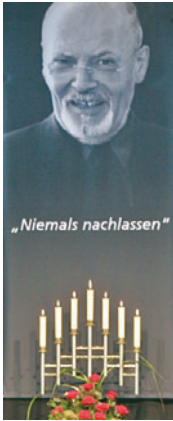
»Wir sind stolz, dass er Sozialdemokrat war«

Die deutsche Arbeiterbewegung trauert um Kurt van Haaren

»Er war geradlinig und engagiert, ein verlässlicher Freund.« Mit diesen Worten charakterisiert der SPD-Vorsitzende **Franz Müntefering** den großen Gewerkschafter und Sozialdemokraten **Kurt van Haaren**, der in der Nacht auf den 14. Juli im Alter von fast 67 Jahren in Delmenhorst gestorben ist.

Geboren in Emmerich am Niederrhein am 19. Juli 1938 begann Kurt van Haaren im Alter von 15 Jahren eine Ausbildung als Jungboote bei der Deutschen Bundespost. Dieser Arbeitgeber hat ihn sein Leben lang beschäftigt: Zunächst als Postbeamter und nach einem Studium an der Sozialakademie der Hans Böckler-Stiftung als Postgewerkschafter.

1968 wurde Kurt van Haaren Tarifsekretär beim



Hauptvorstand der DPG in Frankfurt, 1977 Vorsitzender des Bezirksverbandes Bremen/Weser-Ems und 1982 schließlich Vorsitzender der DPG. Bis zur Gründung der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di im März 2001, die er mit großem Engagement betrieben hatte, blieb Kurt van Haaren Vorsitzender der DPG.

Kurt van Haaren ist es letztlich zu verdanken, dass die Privatisierung der Bundespost sozialvertraglich gestaltet werden konnte. »Niemals nachlassen« war sein Lebensmotto. Daran hielt Kurt van Haaren unbeirrbar fest, wenn es galt, die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durchzusetzen.

Mit seiner gradlinigen Weise, seinem klaren Urteil

und seiner menschlichen Kompetenz war Kurt van Haaren in der Reihem der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) ein sehr geschätzter Gesprächspartner. »Kurt van Haaren bleibt für die deutsche Gewerkschaftsbewegung unvergessen«, erklärte Franz Müntefering zum Tode des Gewerkschafters. »Wir sind stolz, dass er Sozialdemokrat war.« ■ **eb.**

TERMINE im Wahlkampf

22. August, 18.30 Uhr

Bremerhaven
Veranstaltung mit Franz Müntefering, Uwe Beckmeyer und Annette Faße

24. August, 19.00 Uhr

Sesen
»Deutschland vor der Richtungs Wahl« mit Henning Scherf und Sigmar Gabriel

25. August, 17.00 Uhr

Wolfenbüttel
Sportkonferenz mit Willi Lemke und Sigmar Gabriel

28. August 11.00–17.00 Uhr

Hannover
Stephansplatzfest der SPD Südstadt-Bult mit Edelgard Bulhahn

29. August, 13.00–16.00 Uhr

Wolfenbüttel
Infostand mit Kurt Beck und Sigmar Gabriel

2. September, 17.00 Uhr

Emden
Großkundgebung mit Gerhard Schröder

2. September, 20.00 Uhr

Celle (Einlass: 18.30 Uhr)
Großkundgebung mit Gerhard Schröder und Dr. Peter Struck

3. September, 10.30 Uhr

Cuxhaven
Großveranstaltung mit Wolfgang Clement und allen MdB aus Nord-Niedersachsen

vorwärts: RÄTSEL

Am Ende seines Lebens veröhrt er sich weigehend mit seiner Partei, der er aus dem fernen England oft genug die Leiven gelesen hatte. Auch wenn ihm der Name Sozialdemokratische Partei für eine revolutionäre Arbeiterpartei unpassend erscheint, akzeptiert er deren Errungenschaften und erklärt, dass die proletarische Revolution auch durch Wahlerfolge vorangebracht werden kann.

Von seinen revolutionären Idealen mag er indes nicht abweichen. 1894 schreibt er: »Das politische Endziel (ist) die Überwindung des ganzen Staates, also auch der Demokratie.«

Schon in jungen Jahren mag er sich mit gegebenen Verhältnissen nicht abfinden. Er begehrt gegen den Vater, einen wohlhabenden Fabrikanten, auf, muss das Gymnasium mit der mittleren Reife verlassen und in Bremen eine Kaufmannslehre beginnen.

Als Schüler schreibt er Gedichte und macht sich einen Namen als Friedrich Oswald. Zum Glück für die Nachwelt nutzt er seine schreibereische Begabung als Journalist.

Nach einem seiner vielen Aufenthalte in England, schreibt er 25jährig ein Buch, das allein gereicht hätte, seinen Platz in der Geschichte des Sozialismus zu sichern. »Die Lage der arbeitenden Klasse in England« ist ein Aufschrei der Empörung, geschrieben »mit Galle, ja mit Blut«.

Als er im September 1893 zum letzten Mal in Deutschland weilte, veranstaltet der vorwärts in Berlin einen Kommers, zu dem sich 4.000 Menschen Einlass verschafften. Der »internationale Vertrauensmann des Proletariats«, wie ihn August Bebel nennt, stirbt am 5. August 1895 in London. Wer war's? Zu gewinnen gibt es seinen Klassiker. ■ **ltpo**

vorwärts
Odeonstraße 15/16
30159 Hannover

Merkelsteuer wird teuer

Wahlkampfstart mit Franz Müntefering in Oldenburg und Ostfriesland

VON HANS-RAINER STRANG

Entschlossen und mit großem Rückhalt geht die SPD Weser-Ems in die »heiße Phase« des Bundestagswahlkampfes. Dies zeigte sich bei allen öffentlichen Kundgebungen mit Franz Müntefering Ende Juli in Niedersachsen Nordwesten, zu denen weit mehr Teilnehmer gekommen waren als erwartet.

»Totgesagte leben länger, die Sozialdemokratie wird noch gebraucht.« Mit diesen Worten leitete Müntefering die Leistungsbilanz der Bundesregierung in den vergangenen sieben Jahren ein: Größte Steuersenkung in der Geschichte der Bundesrepublik, Erhöhung des Kindergeldes, 37 % mehr für Bildung und Forschung, Ausstieg aus der Atomenergie und Förderung der erneuerbaren Energien, Stabilisierung der Beiträge zur Krankenversicherung und Einführung der Riester-Rente.

Die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe war ein schmerzhafter Prozess; aber er brachte den Langzeitar-



Inselurlauber Franz Müntefering beim Weser-Ems-Wahlkampf
Photo: Strang

beitslosen Anspruch auf Arbeitsvermittlung und den arbeitslosen Jugendlichen besondere Beratung und Förderung.

Den größten Beifall erhielt der SPD-Parteivorsitzende bei der Erwähnung der konsequenten Haltung seiner Partei gegen den Irak.

Gefahren für unsere Demokratie und den Sozialstaat zeigte Müntefering mit Blick auf die Regierungsprogramme von CDU und FDP auf: Abbau von Ar-

beitnehmerrechten, Kleinhalten der Gewerkschaften, Mehrwertsteuererhöhung und Einführung einer einkommensunabhängigen Gesundheitspauschale. Mit der Bemerkung »Merkelsteuer wird teuer« brachte es der SPD-Vorsitzende auf den Punkt. »In Deutschland geht es am 18. September um eine Richtungsentscheidung und gekämpft wird bis zur Schließung der Wahllokale«, gab Müntefering den begeisterten Teilnehmern mit auf den Weg. ■

100 Jahre SPD in Burgdorf

1905 - Der Nobelpreis für Medizin ging an Robert Koch, in Russland wurde der Grundstock für die Russische Revolution gelegt und in Burgdorf formierten sich Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten um den SPD-Ortsverein zu gründen. So begann vor 100 Jahren das Herz der Sozialdemokratie auch in Burgdorf zu schlagen.

Diesen runden Geburtstag nahmen die Burgdorfer Genossinnen und Genossen zum Anlass eine Ausstellung zu organisieren, die das bewegte Parteilieben anhand von zahllosen Exponaten dokumentiert.

Der Ortsvereinsvorsitzende **Bernd Lange** konnte am 3. Juli, bei strahlendem Sonnenschein, mehr als 150 Gäste im Stadtmuseum Burgdorf zur Eröffnung der unter dem Motto »Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität« stehenden Ausstellung, begrüßen. Nach seinen Eröffnungsworten und Anekdoten aus der Burgdorfer Ortsvereinsgeschichte

schloss er seinen Vortrag mit den Worten Willi Brandts »Nicht die Asche verwahren, sondern die Flamme erhalten« und gab das Wort an die Bundestagsabgeordnete **Caren Marks**, den Unterbezirksvorsitzenden der Region Hannover, **Heiner Aller** und die stellvertretende Burgdorfer Bürgermeisterin **Christa Weiert-Penk** ab, die in ihren

Grüßworten den Burgdorfer Genossinnen und Genossen Respekt für die umfangreiche und gelungene Ausstellung zollten.

Die Ausstellung ist noch bis zum 4. September, Samstags und Sonntags, 14.00-17.00 Uhr, im Stadtmuseum Burgdorf zu sehen.

www.spd-burgdorf.de

■ **Anette Gilke**

SPD trauert um Jochen Patzschke



Jochen Patzschke

Am 7. Juli 2005 ist der langjährige Landtagsabgeordnete und Schatzmeister des SPD-Bezirks Hannover, **Jochen Patzschke** im Alter von 72 Jahren gestorben.

1970 zog Patzschke erstmals in den Niedersächsischen Landtag ein, wo er sich mit hohem sozialen Engagement Ansehen über die Parteigrenzen hinaus erwarb.

Die SPD verneigt sich und dankt. ■



Zur ersten Sommerakademie der niedersächsischen SPD vom 15.-17. Juli in Springe kamen über fünfzig TeilnehmerInnen: Aktive Jusos, AbsolventInnen des Mentoringprogramms und der Kommunalakademien. Themen: Bildungs- und Kommunalpolitik sowie die Zukunft der SPD als Mitglieder-, Programm-, Volks- und Regierungspartei. ReferentInnen wie **Wolfgang Jüttner**, **Andrea Nahles**, **Sigmar Gabriel**, **Elke Tonne-Jork**, **Sven Ambrosy**, **Wolfgang Nafroth**, **Nicol Ljubic** und **Lars Klingbeil** sorgten für anspruchsvolles Niveau. Im Bild: **Sigmar Gabriel** eingearhmt von **Swantje Hartmann** und **Daniela Krause-Behrens**, den Verantwortlichen für Nachwuchsqualifikation im SPD-Landesvorstand. ■ wy

auswärts:

Die Zeitung, hinter der sich angeblich immer ein kluger Kopf verbirgt, überraschte in einer Sonntagsausgabe Mitte August mit der Feststellung: »In der Union wird die SPD nur noch als einer von mehreren gleich starken Gegnern

gesehen, weswegen Angela Merkel nur ein einziges TV-Duell mit Bundeskanzler Gerhard Schröder wolle.«

Radio Eriwan stimmt dem zu: Besser lässt sich mangelnde Courage kaum beschreiben.

■ **wuff**